



Der Magistrat

Dezernat für Umwelt,  
Grünflächen und Verkehr

Stadtrat Andreas Kowol

Herrn Oberbürgermeister  
Sven Gerich

*in Vert. 2017*

über  
Magistrat

und

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Christa Gabriel

Herrn Dennis Volk-Borowski  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Planung, Bau und Verkehr

*25* . Juli 2018

**Elterntaxis entgegenwirken**

**Beschluss-Nr. 0093 vom 12. Juni 2018, Vorlagen-Nr. 18-F-20-0004**

Der von den Eltern gut gemeinte morgendliche Transport ihrer Kinder mit dem Auto, bis vor den Eingang der Schule ist laut ADAC gefährlicher, als die Kinder selbst zur Schule gehen zu lassen. So gefährden laut einer vom ADAC zitierten Studie der Bergischen Universität Wuppertal in vielen Fällen Eltern durch regelwidriges Anhalten oder riskante Wendemanöver die Sicherheit anderer Schulkinder und Verkehrsteilnehmer teilweise massiv. Zudem gehen durch regelmäßige Hol- und Bringdienste die selbstständige Mobilität von Schulkindern verloren.

Durch Anschauung der morgendlichen Bringverkehre vor den Grundschulen in Wiesbaden bestätigt sich auch subjektiv vielfach das zitierte Ergebnis der Studie.

Mit verschiedenen Aktivitäten wird über in der Bundesrepublik versucht, das Problem der Elterntaxis in den Griff zu bekommen.

So werden beispielsweise in Hannover versuchsweise morgens die Zufahrtsstraßen zu den Grundschulen abgesperrt und kontrolliert, so dass die Kinder nicht direkt vor die Schule gefahren werden können oder in Hamburg Bannmeilen für den Autobringverkehr rund um Grundschulen eingerichtet; der ADAC schlägt besondere Elterntaxihaltstellen vor, um die Risiken für die Schulkinder zu verringern.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie er die Problematik der Elterntaxis einschätzt.
2. ob bereits Gegenstrategien entwickelt wurden.
3. Sollte dies der Fall sein zu berichten, ob die Einrichtung von Elterntaxihaltstellen oder die Sperrung von Zufahrtsstraßen nach dem Modell Hannover als geeignete Maßnahmen betrachtet werden.
4. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob eine dieser vorgeschlagenen Maßnahmen probeweise an einer Wiesbadener Schule eingeführt werden könnte.
5. Der Magistrat möge prüfen, inwiefern ÖPNV-Angebote zur Lösung des Problems beitragen können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum gleichen Thema Elterntaxis wurde bereits die Anfrage Nr. 78/2018 durch Dezernat VI beantwortet. Hieraus werden die wesentlichen Aussagen übernommen:

1. Sowohl dem Dezernat VI als auch Dezernat V sind die Probleme der mit der zunehmenden Anzahl der mit dem Auto zur Schule und/oder dem Kindergarten gebrachten und geholten Kinder bekannt. Dabei kommt es insbesondere vor Schulbeginn bzw. unmittelbar nach Schulschluss zu erheblichen Überlastungen der Straßenräume im Bereich der Eingänge, da die Eltern ihre Kinder i.d.R. bis unmittelbar vor die Tür fahren. Dabei stellen die Eltern die Autos auf Gehwegen, auf Fußgängerüberwegen, bisweilen sogar in Kreuzungsbereichen ab. Damit gefährden sie letztlich nicht nur die eigenen Kinder, sondern auch die anderen Kinder.

Diese Situation ist aus Sicht der Verkehrsplanung und Verkehrssicherheit nicht hinnehmbar.

2. Um diesen Bring- und Holverkehr zu reduzieren, werden durch das Schuldezernat zum Schulbeginn den Eltern der Schulneulingen in einem Elternbrief dargelegt, dass es zu der von den Kindern zu erlernenden Selbstständigkeit gehört, auch eigenständig mobil zu werden. Auch wirbt die Verkehrswacht in ihrem Elternbrief für den Verzicht auf Bring- und Holverkehr mit dem Auto. Die Aktionen des VCD und des Deutschen Kinderhilfswerkes gehen in die gleiche Richtung.

Zu weiteren Gegenstrategien gehört die Intensivierung der Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs. Mit straßenbaulichen Mitteln, wie z.B. dem Abpollern der Gehwege konnten und können zumindest die Gehwege in Teilabschnitten freigehalten werden. Das Zustellen von Kreuzungen oder das Halten auf der Fahrbahn kann mittels straßenbaulicher Maßnahmen nicht verhindert werden.

3. Die Einrichtung von Elterntaxihaltstellen wurde bereits intensiv diskutiert, jedoch nicht umgesetzt, weil die damit verbundenen Nachteile wie Freihalten dieser nicht über die Straßenverkehrsordnung abgedeckten Bereiche durch Fremdarker sowie die Fortführung einer gesicherten Fußwegverbindung zur Schule den (vermeindlichen) Vorteilen überwiegt. Darüber hinaus ist nicht beabsichtigt, weitere Angebote zur Nutzung des Autos zu schaffen. Ziel ist vielmehr, die Eltern (und deren Kinder) zur Nutzung von Fuß, Rad und ÖPNV anzuregen.

Eine temporäre Sperrung von Zufahrtstraßen ist nur mit erheblichem personellem Aufwand durchzuführen und kann daher nicht empfohlen werden.

4. Der Magistrat setzt wie bisher auf die Wirkung der Informationskampagnen des Schuldezernats, der Verkehrswacht, des VCD und von Elterninitiativen mit dem Ziel eines freiwilligen Umdenkens derjenigen Eltern, die noch immer ihre Sprösslinge mit dem Auto zum Kindergarten/zur Schule fahren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name, possibly 'G. H. H. H.', written in a cursive script.